



Rülke und Schweickert: Beherbergungsverbote für innerdeutsche Reisende sind reiner Aktionismus und helfen nicht bei der Eindämmung der Pandemie

Beherbergungsverbote sind ein schleichender Lockdown.

Die FDP/DVP Fraktion fordert von der Landesregierung die sofortige Aufhebung der Verordnung zum Beherbergungsverbot von innerdeutschen Gästen aus Kreisen mit einer 7-Tage-Inzidenz von mehr als 50 positiv Getesteten auf 100.000 Personen. „Pauschale Beherbergungsverbote für innerdeutsche Reisende sind reiner Aktionismus und helfen nicht bei der Eindämmung der Pandemie“, erklärte der Vorsitzende der FDP/DVP Fraktion **Dr. Hans-Ulrich Rülke**. „Sie gefährden im Gegenteil die Akzeptanz von tatsächlich erforderlichen Maßnahmen. Die Landesregierung darf nicht länger die Ohren vor Kritik von führenden Experten verschließen“, fordert der Liberale. Dabei bezog er sich auf die jüngsten Aussagen des Virologen Prof. Dr. Jonas Schmidt-Chanasit, der Beherbergungsverboten bescheinigte, „weder zielgerichtet noch verhältnismäßig“ zu sein, und des Vorsitzenden der Kassenärztlichen Bundesvereinigung Andreas Gassen, der in den Beschränkungen eine „überflüssige (...) Pseudo-Gefahr“ sehe. „Die Corona Verordnung für Beherbergungsverbote muss unverzüglich aufgehoben werden“, fordert Dr. Rülke.

Der tourismuspolitische Sprecher der FDP/DVP Fraktion **Prof. Dr. Erik Schweickert** ergänzt: „Es gibt keine einzige Studie, die belegt, dass derartige Beherbergungsverbote auch nur irgendetwas zur Eindämmung der Pandemie beitragen. Der Inzidenzwert von 50 Neuinfizierten kann binnen weniger Tage überschritten werden. Die Unsicherheit wird dazu führen, dass immer weniger Menschen innerdeutsche Reisen antreten. Die Beherbergungsverbote sind ein schleichender Lockdown. Sie sind auch Gift für die schwer angeschlagene Hotel- und Gaststättenbranche. Statt derartigem blinden Aktionismus bedarf es effektiver Maßnahmen zur Reduzierung von Massenansammlungen und zur Einhaltung der Hygieneregulungen.“